Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 20. Februar 2014
Ausgabe 035
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **5**
Meldungen **5**
› OB Ude zum VGH-Startbahn-Entscheid 5
› Stadtrat entscheidet sich für die nachhaltige Lösung: Neubau an der Müllerstraße 2 bis 4 und Erhalt der Müllerstraße 6 5
› Tunnel am Mittleren Ring: Stadtrat legt nächste Schritte fest 7
› Neue Seniorenheime für Au – Haidhausen und Schwabing-West 9
› Abfallwirtschaftsbetrieb München fördert Abfallvermeidung interaktiv 10
› Verkaufsstart für die Sommerferienfreizeiten und Zirkus Simsala 11
› Publikation und Präsentation zum Kuratorium Landschaftsschutz 12
› Finissage der Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN“ 12
› Erblast NS: Erinnerung & Gedächtnis im Filmmuseum 13
› Vortrag: NS-Aufarbeitung durch die „Zentrale Stelle“ Ludwigsburg 14
Antworten auf Stadtratsanfragen **16**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 21. Februar, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Bürgermeisterin Christine Strobl, Rudolf Stummvoll, Leiter des Amtes für Wohnen und Migration, und Martha Doll, Leiterin der Stelle für interkulturelle Arbeit, stellen den zweiten Münchner Integrationsbericht vor, der unter dem Titel „München lebt Vielfalt" steht. Der Integrationsbericht liefert empirisches Material, um den Stand der Integration in München zu beurteilen. Er stellt positive Veränderungen zum letzten Integrationsbericht 2010 dar und zeigt auf, wo noch Handlungsbedarf besteht.

Wiederholung
Freitag, 21. Februar, 11 Uhr,
Münchner Volkstheater, Kleine Bühne, Brienner Straße 50
Pressekonferenz zur Vorstellung des Programms von „Radikal jung" mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Christian Stückl, Intendant des Münchner Volkstheaters, und Kilian Engels, Chefdramaturg des Münchner Volkstheaters und Festivalleiter.
Zum 10. Mal veranstaltet das Münchner Volkstheater vom 5. bis 13. April das Theaterfestival „Radikal jung – Das Festival junger Regisseure". Das Festival fördert junge Talente im Bereich der Theaterregie, die sich mit ihren Inszenierungen besonders hervorgetan haben. 2014 sind neben den Produktionen aus der deutschsprachigen Theaterlandschaft erneut auch Gastspiele aus dem Ausland eingeladen.
Achtung Redaktionen: Um Anmeldung unter presse@muenchner-volkstheater.de wird gebeten.

Wiederholung
Freitag, 21. Februar, 11.30 Uhr,
Städtische Salvator-Realschule, Sporthalle, Damenstiftstraße 3
310 Münchner Schulen bekommen insgesamt 2.000 Sportbälle aus Fairem Handel von der Landeshauptstadt München geschenkt. Stadtschulrat Rainer Schweppe und Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, überreichen eine der ersten Chargen der Fairen Bälle an Schülerinnen der Städtischen Salvator-Realschule. Die aus fairem Handel stammenden Sportbälle sind zertifiziert und nachweislich ohne Kinderarbeit hergestellt worden. Die Landeshauptstadt will künftig im Sportunterricht auf fair gehandelte Bälle setzen. Die Bälle sind teils mit einem München-Emblem versehen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 21. Februar, 14.30 Uhr, Feichtmayrstaße 20
Bei der Eröffnungsfeier der neu erbauten Kinderkrippe in der Feichtmayrstaße 20 hält Stadträtin Beatrix Zurek (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters die Festrede. Im Anschluss sprechen Dr. Susanne Herrmann, Leiterin der Abteilung KITA im Referat für Bildung und Sport in Vertretung des Stadtschulrats, und Dr. Andreas Dexheimer, Leiter der Geschäftsstelle der Jugendhilfe Oberbayern.
Die Einrichtung wurde von der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) erbaut und dem Diakonischen Werk des Evangelisch-Lutherischen Dekanatbezirks Rosenheim e.V., Jugendhilfe Oberbayern in Betriebsträgerschaft übergeben. Sie umfasst vier Kinderkrippengruppen mit insgesamt 48 Plätzen.

Wiederholung
Freitag, 21. Februar, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Dr. Gertraud Burkert, Bürgermeisterin a.D., an den Schriftsteller und Verleger Dr. h.c. Michael Krüger und an den Herzchirurgen Professor Dr. Dr. h.c. Bruno Reichart. Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Begrüßung und hält die Laudationes. Die musikalische Gestaltung der Veranstaltung übernehmen die „Münchner Saitentratzer“ und als Gast: Hugo Siegmeth.

Montag, 24. Februar, 19.30 Uhr,
BMW Welt, Auditorium, Am Olympiapark 2
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, spricht Grußworte beim Empfang des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie zur Eröffnung der Munich Creative Business Week (MCBW). Die MCBW findet zum dritten Mal statt und bietet unter dem Motto „Design connects“ mit 146 Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet einen Überblick über alle Münchner Design-Branchen.

Dienstag, 25. Februar, 10 Uhr, Amtszimmer des Oberbürgermeisters
Oberbürgermeister Christian Ude übereicht dem Maler und Objektkünstler Ugo Dossi in Anerkennung seiner künstlerischen Leistungen die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Silber.

Dienstag, 25. Februar, 14 Uhr,
Städtische Wilhelm-Röntgen-Realschule, Klabundstraße 8
Eröffnungsfeier für die generalsanierte Städtische Wilhelm-Röntgen-Realschule an der Klabundstraße 8. Bürgermeisterin Christine Strobl hält die Festrede. Im Anschluss sprechen Stadtschulrat Rainer Schweppe sowie Detlev Langer, Stellvertretender Hauptabteilungsleiter im Baureferat (Hochbau) in Vertretung der Baureferentin.

Dienstag, 25. Februar, 14.30 Uhr, Kastelburgstraße 80
Bei der Eröffnungsfeier für die neu erbaute Kinderkrippe in der Kastelburgstraße 80 hält Stadträtin Beatrix Zurek (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters die Festrede. Im Anschluss sprechen Dr. Susanne Herrmann, Leiterin der Abteilung KITA im Referat für Bildung und Sport in Vertretung des Stadtschulrats, sowie Beate Steier, Abteilungsleiterin im Baureferat (Hochbau) in Vertretung der Baureferentin, und Dr. Andreas Dexheimer, Leiter der Geschäftsstelle der Jugendhilfe Oberbayern.
Die Einrichtung wurde von der Stadt erbaut und ausgestattet und dem Diakonischen Werk des Evangelisch-Lutherischen Dekanatbezirks Rosenheim e.V., Jugendhilfe Oberbayern in Betriebsträgerschaft übergeben. Sie umfasst vier Kinderkrippengruppen mit insgesamt 48 Plätzen.

Dienstag, 25. Februar, 18 Uhr,
Museum Villa Stuck, Prinzregentenstraße 60
Vorstellung der Publikation „Mit Bürgersinn wider das Diktat der Ökonomie. Das Kuratorium für Landschaftsschutz in München“ mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, dem Autor Ulrich Brinkmann, Professor Uwe Kiessler, Gründungsmitglied des Kuratoriums, sowie Amélie Ziersch, Ehefrau von Hans-Joachim Ziersch (1913 - 1995) und Stifterin der Villa Stuck.
Im Anschluss wird eine Studio-Präsentation mit Originalmaterial zur Arbeit des Kuratoriums eröffnet, die von Bertold und Julian Ziersch, den Söhnen von Hans-Joachim und Amélie Ziersch, konzipiert wurde. Das Kuratorium für Landschaftsschutz in München wurde 1972 von Hans-Joachim Ziersch gegründet.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 27. Februar, 18.30 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, „Bürgersaal", Züricher Straße 35 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen – Obersendling – Forstenried – Fürstenried – Solln) mit dem Vorsitzenden Hans Bauer.

Meldungen

(teilweise voraus)
OB Ude zum VGH-Startbahn-Entscheid
(20.2.2014) Zur Abweisung der Klagen gegen den Bau einer 3. Start- und Landebahn für den Münchner Flughafen vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs erklärt Oberbürgermeister Christian Ude: „Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ändert nichts an der Position der Stadt zur 3. Startbahn, die die Münchnerinnen und Münchner mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt haben. Ich habe bereits unmittelbar nach dem Bürgerentscheid klar gemacht, dass der Bürgerwille selbstverständlich ohne Wenn und Aber umgesetzt wird. Die Vertreter der Stadt haben sich deshalb in den Gremien des Flughafens klar gegen den Bau einer 3. Startbahn ausgesprochen, weshalb das Projekt nicht umgesetzt werden kann. Vor dem Hintergrund des VGH-Urteils wiederhole ich gerne meinen Appell, den ich ebenfalls schon nach dem Münchner Bürgerentscheid an die anderen politischen Ebenen gerichtet hatte: Wer ständig die Worte Bürgerbeteiligung und Partizipation im Munde führt und sogar zusätzliche gesetzliche Formen direkter Demokratie versprechen will, sollte die bereits bestehenden Formen der Bürgerentscheidung auch ernst nehmen und respektieren."

(teilweise voraus)
Stadtrat entscheidet sich für die nachhaltige Lösung: Neubau an der Müllerstraße 2 bis 4 und Erhalt der Müllerstraße 6
(20.2.2014) Der Münchner Stadtrat hat sich gestern mit großer Mehrheit für den Erhalt des städtischen Wohngebäudes an der Müllerstraße 6, der daran angrenzenden Ballspiellfläche an der Glockenbachwerkstatt sowie für die Errichtung eines Neubaus auf dem städtischen Areal an der Müllerstraße 2 bis 4 ausgesprochen. Mit dieser Variante verfolgt die Stadt das

Ziel, auf Dauer familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum in der Altstadt zu schaffen. Dies ist das genaue Gegenteil einer Luxussanierung für die künftige bauliche Entwicklung auf dem stadteigenen Areal. Den letzten regulären Mietern im Anwesen Müllerstraße 4 und 6 wird die Stadt selbstverständlich adäquaten Ersatzwohnraum anbieten.
Das Kommunalreferat hatte auf Wunsch nahezu aller Fraktionen im Rathaus für den Kommunalausschuss am 6. Februar einen Bericht der Projektuntersuchungen über die künftige bauliche Entwicklung des Areals Mülllerstraße 2 - 6 erstellen lassen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG beauftragte im letzten Jahr das Münchner Architekturbüro Fink+Jocher, Neubau- und Sanierungsvarianten sowie ein Zielkonzept zu erarbeiten, das den weiteren Planungen zugrunde gelegt werden kann.
Bei dieser Untersuchung hat sich erneut bestätigt, dass die Gebäude erhebliche baustatische und energetische Mängel aufweisen: Im Haus Müllerstraße 6 sind die vorhandenen Stahlbetondecken mit nur 13 Zentimetern sehr schwach dimensioniert und müssen im Hinblick auf Brand- und Schallschutz mit Spritzbeton verstärkt und ertüchtigt werden. Alle Rohrleitungen sind ihrem Alter entsprechend stark korrodiert und in einem schlechten Zustand. Die bestehenden elektrotechnischen Installationen entsprechen nicht den heute geltenden Normen und müssen erneuert werden. Die Treppenanlage in der Müllerstraße 4 ist aufgrund bestehender Schädigungen bereits notabgestützt. Im Kellermauerwerk der Häuser Müllerstraße 2 und 4 sind erhebliche Durchfeuchtungen vorhanden. Alle drei Bestandsgebäude entsprechen in ihrer wärmeschutztechnischen Qualität nicht den aktuell geltenden gesetzlichen und baurechtlichen Anforderungen.
Aufgrund der beschriebenen Mängel in der vorhandenen Bausubstanz, einer veralteten und nicht mehr betriebssicheren Haustechnik und der teilweise äußerst ungünstigen Wohnungszuschnitte, unter anderem mit Gemeinschaftstoiletten auf den Fluren im Treppenhaus sowie fehlender Badausstattung, ist eine nachhaltige Überarbeitung des Areals Müllerstraße 2 - 6 erforderlich.
Vom Büro Fink+Jocher Architekten wurden auf Vorplanungsniveau die Baukosten der 11 verschiedenen Neubau- und Sanierungsvarianten ermittelt. Im Ergebnis ist festzustellen, dass sich alle untersuchten Varianten hinsichtlich der Amortisationszeit in einer ähnlichen Bandbreite bewegen. Zur Beurteilung der Variante spielen zusätzlich die Kriterien „Schaffung von Wohnraum“ und „Realisierung einer Ballspielfläche zur Nutzung durch die Glockenbachwerkstatt“ eine große Rolle.
Aus diesen Gründen ist die so genannte „Pinselsanierung“ nicht zu empfehlen. Sie kostet rund 1,5 Millionen Euro und ermöglicht lediglich, die drei

Häuser für einen Zeitraum von fünf Jahren bewohnbar zu machen; es entsteht aber dauerhaft kein neuer und vor allem kein familiengerechter Wohnraum, der heutigen Energiestandards entspricht.
Die Mehrheit des Stadtrats ist deshalb den Empfehlungen des Kommunalreferats gefolgt. Das Kommunalreferat plädierte für die Sanierungsvariante 3 (Generalsanierung Haus Nr. 6, Neubau Müllerstraße 2 - 4) aus folgenden Gründen:

- Die Variante ist nachhaltig, weil das Anwesen Müllerstraße 6 erhalten werden kann und energetisch auf den Stand der Technik gebracht wird. Auf Grundlage der Sanierung kann das Anwesen Müllerstraße 6 auch weitere 40 bis 60 Jahre bewohnt werden.
- Durch den Neubau Müllerstraße 2 - 4 entsteht zusätzlich moderner und preisgünstiger Wohnraum für 47 Bewohner/innen (derzeit 28).
- Es wird kein massiver Stahl-Glas-Bau entstehen, sondern mit dem Erhalt der Müllerstraße 6 und einem zeitgemäßen Neubau an der Müllerstraße 2 - 4 wird das Ensemble behutsam modernisiert. Ziel der Planungen wird es sein, möglichst einen deutlich erhöhten Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen zu realisieren.
- Der Ballspielfläche kann bei dieser relativ schnellen und trotzdem nachhaltigen Lösung erhalten werden. Die Stadtverwaltung hat hiermit den Bedenken und dem starken bürgerschaftlichen Engagement im Stadtviertel Rechnung getragen.
- Verzicht auf den Bau einer Tiefgarage in dieser zentralen Lage, um die Wohnungen möglichst kostengünstig zu realisieren.

Im weiteren Planungsverfahren wird das Kommunalreferat beauftragt, in Zusammenarbeit mit der GWG einen Projektauftrag mit qualifizierter Kostenschätzung für die Sanierungsvariante vorzubereiten und dem Stadtrat baldmöglichst zur Beschlussfassung vorzulegen.

Tunnel am Mittleren Ring: Stadtrat legt nächste Schritte fest

(20.2.2014) Zum Handlungsprogramm „Mittlerer Ring“ wurden der Vollversammlung des Stadtrats gestern der „Sachstand und weiterer Handlungsbedarf“ für den Bereich Isarring/Ifflandstraße sowie der „Bericht über Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchungen zu baulichen Maßnahmenkonzepten zur Verbesserung der Lärm- und Schadstoffsituation an der Landshuter Allee „Mittlerer Ring“ und zum weiteren Handlungs- und Untersuchungsbedarf abgegeben. Dabei hat der Stadtrat die Option eines Tunnels am Englischen Garten nachdrücklich befürwortet und einen unverzüglichen Beginn der Planungen beschlossen.
Die im Entwurf vorliegenden Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchungen für die Abschnitte Landshuter Allee und Tegernseer Landstraße am Mittle-

ren Ring schlagen Tunnellösungen vor und sollen in den nächsten Monaten der Öffentlichkeit mit Informationsveranstaltungen vor Ort vorgestellt werden. Parallel dazu wird die Verwaltung die Vorschläge der Gutachter sowie auch die externe Machbarkeitsstudie zur Untertunnelung des Isarrings im Bereich des Englischen Gartens der Initiative „Ein Englischer Garten" eingehend prüfen. Dann soll eine vergleichende Bewertung aller drei Machbarkeitsuntersuchungen „Tegernseer Landstraße", „Landshuter Allee" und „Tunnel Englischer Garten/Isarring" auf Basis der Prüfungsergebnisse der Verwaltung, der Resonanz aus der Öffentlichkeit und weiterer maßgeblicher Entscheidungskriterien wie der Dringlichkeit des Handlungsbedarfs, dem erreichbaren Nutzen, der baulichen und verkehrlichen Realisierbarkeit, den vorliegenden Realisierungs- und Finanzierungsvoraussetzungen durchgeführt und ein Priorisierungsvorschlag erarbeitet werden.
Durch das Bayerische Staatsministerium des Inneren ist die provisorische Lösung des so genannten „teilsignalisierten Knotens" am Isarring auf Höhe der Ifflandstraße derzeit zeitlich befristet bis zum 31. Dezember 2014 genehmigt. Darüber hinaus ist eine verkehrssichere bauliche Lösungsentscheidung dringend notwendig. Deshalb sollen die Planungen zum Bau einer Einfädelspur auf der Nordseite des Isarrings, wie vom Stadtrates am 16. Februar 2011 bereits beschlossen, mit hoher Priorität fortgeführt und realisiert werden. Dabei wird die nördliche Einfädelspur keineswegs als endgültige Lösung, sondern als die aus allen anderen Alternativen am einfachsten zu realisierende Zwischenlösung angesehen. Sie wird der Verwaltung die notwendige Zeit verschaffen, den Tunnelvorschlag zur Wiedervereinigung des Englischen Gartens, aber auch die weiteren Tunnelvorschläge an der Landshuter Allee und an der Tegernseer Landstraße verkehrlich und baulich zu prüfen und anschließend einen politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess zur Frage durchzuführen, wo und wie gegebenenfalls weitere Tunnel am Mittleren Ring vorstellbar und realisierbar sind.
Über die Tunnelüberlegungen hinaus, sollen auch noch an zahlreichen weiteren Abschnitten des Mittleren Ringes verkehrlichen Engpässen oder Störanfälligkeiten entgegengewirkt werden. Hierzu sollen auf Basis einer Verkehrsprognose für das Jahr 2025 vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung und vom Kreisverwaltungsreferat mit Unterstützung durch ein externes Ingenieurbüro verkehrsplanerische, -steuernde und -reduzierende Verbesserungsmaßnahmen untersucht werden. Weil der Luise-Kiesselbach-Tunnel voraussichtlich bereits im Jahr 2015 für den Verkehr freigegeben wird, wird diese Untersuchung zunächst für das Umfeld des Luise-Kiesselbach-Platzes von der Donnersberger Brücke bis zum Brudermühltunnel durchgeführt.

Neue Seniorenheime für Au – Haidhausen und Schwabing-West

(20.2.2014) Der Weg für zwei neue Seniorenpflegeeinrichtungen an der Einsteinstraße in Haidhausen und im Wohngebiet „Am Ackermannbogen" in Schwabing-West ist frei: Bereits Ende Dezember 2013 hat der Münchner Stadtrat beschlossen, die entsprechenden städtischen Grundstücke in Erbpacht für 66 Jahre an die HBB Hanseatische Betreuungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH zu vergeben. Die Realisierung der Bauprojekte übernimmt die Hanseatische Gesellschaft für Seniorenimmobilien III mbH & Co. KG, eine Tochtergesellschaft der HBB.

Auf dem 4.995 Quadratmeter großen Grundstück an der Einsteinstraße errichtet die HBB ein Alten- und Pflegeheim mit Betreutem Wohnen. Das Gebäude wird fünf Vollgeschosse sowie ein ausgebautes Dachgeschoss erhalten und eine Geschossfläche von rund 13.800 Quadratmetern umfassen.

Die Projektierung der HBB sieht eine vollstationäre Pflegeeinrichtung für mit 190 bis 200 Personen und Betreutes Wohnen mit zirka 37 Wohneinheiten vor. Ausdrücklich ist die Schaffung von Wohnraum und Pflegeplätzen für einkommensschwache Personen vereinbart: Etwa 80 Prozent der Pflegeplätze ist einkommensschwachen und pflegebedürftigen Menschen anzubieten. Auch 80 Prozent der Seniorenwohnungen für Betreutes Wohnen dürfen auf die Dauer von 15 Jahren nur an einkommensschwache Menschen vermietet werden. Die Vormerkungen zur Wohnungsberechtigung erfolgen durch das Sozialreferat – Amt für Wohnen und Migration.

Auf einer Fläche von zirka 460 Quadratmetern wird zudem ein Hort für zwei Gruppen entstehen. Der Kinderhort erhält einen eigenen Freibereich, der zirka 500 Quadratmeter groß ist. Die Gebühren für den Hort richten sich nach der städtischen Gebührensatzung.

Im Erdgeschoss wird die HBB eine Cafeteria schaffen, die ausdrücklich nicht nur den Bewohnerinnen und Bewohnern des Hauses, sondern sämtlichen Besuchern und der Nachbarschaft im Bezirk als Treffpunkt dienen soll.

Auf dem etwa 6.500 Quadratmeter großen Grundstück im Wohngebiet „Am Ackermannbogen" in Schwabing-West setzt die HBB auf einer Geschossfläche von gesamt 8.255 Quadratmetern eine vollstationäre Pflegeeinrichtung mit zirka 121 Plätzen und Betreutes Wohnen mit zirka 18 Wohneinheiten um. Auch hier dürfen 80 Prozent der Pflegeplätze und – auf die Dauer von 15 Jahren – 80 Prozent der betreuten Seniorenwohnungen nur an einkommensschwache Seniorinnen und Senioren vergeben werden. Eine Cafeteria als Gemeinschaftsraum und Treffpunkt für Besucher und Nachbarn wird es im Seniorenheim am Ackermannbogen ebenfalls geben.

Die Cafés der Einrichtungen in Au – Haidhausen und Schwabing-West sind beide sozialen Zwecken verpflichtet. Der Betrieb ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, vielmehr soll in Abstimmung mit den sozialen Trägern hier Menschen eine Möglichkeit gegeben werden, durch erfahrene Anleitung Wege aus der Arbeitslosigkeit und der Einsamkeit zu finden.
Das Bauvorhaben im Stadtbezirk Au – Haidhausen ist von der HBB laut Vertrag bis Ende 2017, das Projekt in Schwabing-West bis Ende 2016 fertigzustellen.
Die HBB Hanseatische Betreuungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH ist ein familiengeführtes Hamburger Unternehmen und seit über 40 Jahren als Investor in den Bereichen Einzelhandel, Wohnen und Seniorenpflegeheime als Investor tätig. Die HBB hat bis heute bundesweit 25 Seniorenpflegeheime errichtet und im Eigentum.

Abfallwirtschaftsbetrieb München fördert Abfallvermeidung interaktiv
(20.2.2014) Innerhalb von drei Jahren verzeichnet das interaktive Flohmarkt-Portal des AWM bereits den 4.000. Flohmarkt-Eintrag. Im Schnitt sind das rund 120 Flohmarkt-Einträge pro Monat. Allein innerhalb der letzten zwölf Monate nutzten rund 35.000 Besucher die Serviceangebote der Website *www.muenchen-flohmarktportal.de* zur interaktiven Abfallvermeidung. Dies entspricht rund 2.900 Website-Besuchern pro Monat.
Unter *www.muenchen-flohmarktportal.de* können sich Kauf- und Verkaufswillige mit wenigen Klicks gezielt und umfassend zu aktuellen Flohmarkt-Angeboten in und um München informieren. Aktuell werden 940 verschiedene Flohmärkte angezeigt. Wird ein bestimmter Veranstaltungstag angeklickt, zeigt das Flohmarkt-Portal die eingetragenen Flohmärkte nicht nur mit Namen, Adresse, Anfangs- und Endzeit, Veranstalter, kurzer Beschreibung sowie den Verkaufs- beziehungsweise Anmeldebedingung an, sondern gliedert die Veranstaltungen auch nach Stadtvierteln beziehungsweise Gemeinden auf. Ebenso einfach ist es für Flohmarkt-Veranstalter, sich mit einem eigenen Flohmarkt in das städtische Flohmarkt-Portal aufnehmen zu lassen.
Neben den bekannten großen Flohmarkt-Veranstaltern sind es vor allem Einrichtungen wie Kindergärten, Kirchengemeinden, Vereine, Schulen und Jugendzentren, die über das ganze Jahr verteilt hunderte kleinerer Flohmärkte anbieten. Gerade sie können vom Flohmarkt-Portal des AWM als attraktiver, kostenfreier und flächendeckender Werbemöglichkeit für ihre Veranstaltung profitieren.
Helmut Schmidt, Zweiter Werkleiter des AWM, bringt die Vorteile dieses städtischen Online-Angebotes auf den Punkt: „Mit dem Flohmarkt-Portal

runden wir unser Online-Angebot zur Abfallvermeidung ab. Zusammen mit dem „Secondhandführer", dem „Leihlexikon", dem „Reparaturführer" und dem „Verschenkportal" bieten wir den Bürgerinnen und Bürgern in und um München fünf attraktive Online-Möglichkeiten, Abfälle zu vermeiden und gleichzeitig ihren Geldbeutel und Ressourcen zu schonen." Alle interaktiven Online-Abfallvermeidungsportale des AWM können auf der AWM-Homepage unter *www.awm-muenchen.de* direkt aufgerufen werden.

Verkaufsstart für die Sommerferienfreizeiten und Zirkus Simsala
(20.2.2014) Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 15 Jahren können im Sommer 2014 mit dem Stadtjugendamt wieder an erlebnisreichen Ferienfreizeiten teilnehmen und bei Zirkus Simsala, dem Workshop-Programm mit Kinder-Zirkus-Attraktionen, abwechslungsreiche Tage erleben. Der offizielle Kartenverkauf startet am Samstag, 22. Februar, über die München Ticket-Vorverkaufsstellen. Die Reservierungskarten können auch telefonisch unter 54 81 81 81 oder per Internet unter *www.muenchenticket.de* bestellt werden. Das Sommerferienprogramm enthält Bewährtes, aber auch wieder spannende, neue Ferienfreizeiten wie beispielsweise das „Summertime, Italien" für 13- bis 15-jährige Münchnerinnen und Münchner oder das „STARK+FAIR – Mädchenzeltlager für acht- bis zwölfjährige Mädchen". Die beliebten Bauernhof-Freizeiten in Kaps, Schabing und auf dem Koanznhof für Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren sind selbstverständlich wieder mit im Programm. Auch das Ferienhaus in Südttirol in Raas lädt wieder viele Kinder und Jugendliche zum Auspowern und Erholen ein – hier gibt sogar einen Termin mehr. Zudem wurden die begehrten Reitferien-Angebote erweitert. Von 18. bis 30. August öffnet der Zirkus Simsala für Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren seine Pforten. Das aktuelle Ferienprogramm 2014/2015 wurde in allen Münchner Schulen verteilt, liegt in der Stadtinformation im Rathaus, in den Sozialbürgerhäusern, im Stadtjugendamt, in den Stadtbibliotheken und an vielen anderen Stellen aus. Unter *www.muenchen.de/ferienangebote* steht das Programmheft auch im Internet bereit.
Auch Dank großzügiger Unterstützung durch Stiftungen können für die Sommerferienfreizeiten wieder Ermäßigungen auf den Teilnahmebeitrag für Familien mit geringem Einkommen oder Arbeitslosengeld II-Bezug gewährt werden. Für allgemeine Rückfragen steht das Infotelefon unter 2 33-3 38 33 sowie die Mailadresse ferienangebote.soz@ muenchen.de zur Verfügung.

Publikation und Präsentation zum Kuratorium Landschaftsschutz
(20.2.2014) Das Museum Villa Stuck widmet sich mit einer Publikation und einer Studio-Präsentation dem nahezu in Vergessenheit geratenen Kuratorium für Landschaftsschutz in München. Am Dienstag, 25. Februar, 18 Uhr, wird das Buch „Mit Bürgersinn wider das Diktat der Ökonomie. Das Kuratorium für Landschaftsschutz in München" von Ulrich Brinkmann vorgestellt. Das 1972 gegründete Gremium namhafter Münchner Architekten rettete bis Ende der 80-er Jahre zahlreiche Orte in München und Oberbayern vor der Zerstörung durch bedenkenloses Modernisieren. Vom Schloss Tegernsee über das von Künstlerresidenzen geprägte München-Bogenhausen bis hin zur unberührten Landschaft des Alztals reicht die Spanne des Engagements der Gruppe um ihren Gründer Hans-Joachim Ziersch (1913 - 1995).
Begleitend zur Buchvorstellung wird eine Präsentation mit Originalmaterial zur Arbeit des Kuratoriums eröffnet, die bis Sonntag, 23. März, bei freiem Eintritt im Museum Villa Stuck zu besichtigen ist. Konzipiert wurde die Präsentation von Bertold und Julian Ziersch, den Söhnen von Hans-Joachim und Amélie Ziersch. Hans-Joachim Ziersch und seiner Ehefrau Amélie ist es zu verdanken, dass sich die Künstlervilla Franz von Stucks heute im Besitz der Landeshauptstadt München befindet und mit seinem Museums- und Ausstellungsprogramm zum Weltrang Münchens als Kunst- und Kulturstadt beiträgt.
Zur Buchvorstellung und Präsentation am Dienstag, 25. Februar, 18 Uhr, im Museum Villa Stuck, Prinzregentenstraße 60, sprechen Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, der Autor Ulrich Brinkmann, Professor Uwe Kiessler (Gründungsmitglied des Kuratoriums) und Amélie Ziersch. Der Eintritt ist frei. Weitere Infos und Öffnungszeiten unter *www.villastuck.de*

Finissage der Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN"
(20.2.2014) Zum Abschluss der Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN" präsentiert die Finissage am Sonntag, 23. Februar, von 11.30 bis 18 Uhr im Saal des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, verschiedene musikalische Acts, die sich auf jeweils eigene Art mit Themen zu Afrika, der Diaspora und dem Leben in Deutschland auseinandersetzen:

- 11.30 bis 12.15 Uhr und 13 bis 13.45 Uhr: Konzert des Panafrican Groove Collective. Das Panafrican Groove Collective mischt Afro-Beat, Highlife, R&B, M´Balax and Jazz und ist das groovende Relikt des Musikprojektes „1884". Im Jahr 2011 entstand nach Workshops mit afrikanischen Musikerinnen und Musikern aus der Diaspora eine äußerst spannende musikalische Auseinandersetzung mit Kolonialinvasion, Sprachpolitik und Widerstand in Afrika. Der Eintritt ist frei.

- 14.30 bis 15.30 Uhr: Konzert der Donald Kachamba's Kwela Heritage Jazzband. Donald Kachamba's Kwela Heritage Jazzband mit den vier Musikern Dr. Moya A. Malamusi, Sinosi Mlendo, Christopher Gerald und Professor Dr. Gerhard Kubik besteht in dieser Besetzung seit 2001. Sie ging hervor aus der zwischen 1973 und 1999 von weltweiten Tourneen bekannten Band von Donald Kachamba (1953 - 2001) aus Blantyre/Malawi. Der Eintritt ist frei.
- 10.30 bis 11.15 Uhr, 14.30 bis 15.15 Uhr und 16.30 bis 17.15 Uhr: Kurzführungen in der Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN". Dabei geht es um das Erklären und Sichtbarmachen von kolonialen Verhältnissen, Personen und Strukturen. Vor diesem Hintergrund werden am Beispiel der Stadt München Blicke auf die alltäglichen und institutionellen Verstrickungen und Beteiligungen am kolonialen Geschehen geworfen und zugleich globale politische Kontexte diskutiert. Der Museumseintritt kostet 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro. Die Führungen sind frei. Treffpunkt im Foyer des Museums.
- 15.30 bis 16 Uhr: Studenten der Pop-Akademie zeigen Kurzfilme zum Thema „DECOLONIZE". Der Eintritt ist frei.
- 16 bis 17 Uhr: Abschlusspanel „Fertig dekolonisiert – das war's … war's das?!"mit Beteiligten der Ausstellung und des Begleitprogramms mit Zara S. Pfeiffer, Christian Kopp, Natalie Bayer (angefragt) und Sarah Bergh. Die Abschlussrunde fragt danach, ob die Ausstellung am Ende mehr Fragen aufgeworfen hat, als sie beantwortet hat und lässt einige der Beteiligten die vergangenen vier Monate resümieren. Der Eintritt ist frei.
- 17 bis zirka 18 Uhr: Zum Finale treten die jungen Performer der „Poetricks" auf, um „DECOLONIZE MÜNCHEN" wortreich und bewegungsstark zu verabschieden. Die Poetricks sind aus dem Bedürfnis heraus entstanden, jungen Flüchtlingen in München eine Plattform gegen Sprachlosigkeit und traumatische Ohnmacht zu geben. So schreiben die inzwischen 20 Personen aus 18 Nationen sehr erfolgreich eigene Songs und überzeugen mit ihren Auftritten und selbstbestimmten Botschaften ihr Publikum. Der Eintritt ist frei.

Erblast NS: Erinnerung & Gedächtnis im Filmmuseum

(20.2.2014) In den letzten drei Jahrzehnten ist die deutsche Erinnerungskultur zum Nationalsozialismus, seinen Tätern und Opfern, mit einer Fülle von Initiativen, Gedenkstätten und Programmen aufgebaut worden. Doch wie kann das Erinnern angesichts des fortschreitenden Verstummens der Zeitzeugen lebendig gehalten werden? Diejenigen, die aus eigenem Erleben erzählen können, werden immer weniger, während die Erinnerungs-

kultur mit ihrer eigenen Mediatisierung konfrontiert ist. Die medial gebrochene Vermittlung riskiert stets ihre Glaubwürdigkeit, weil der Eindruck der Unmittelbarkeit verloren geht.
Das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, zeigt am 21. und 22. Februar sowie am 20. März drei Filme, die sich sehr unterschiedlich mit der Erinnerungskultur zum Nationalsozialismus auseinandersetzen: „Hitler's Children" von Chanoch Ze'evi, den Spielfilm „Aus einem deutschen Leben" von Theodor Kotulla und „Die Flakhelfergeneration" von Aleida Assmann. Bei den beiden Dokumentarfilmen werden Beteiligte und Historiker zur Diskussion anwesend sein.

- Freitag, 21. Februar, um 18 Uhr: „Hitler's Children" (Meine Familie, die Nazis und ich), Israel 2011, Regie und Buch: Chanoch Ze'evi, 80 Minuten, Originalfassung mit englischen Untertiteln. In dem Film stehen Nachkommen von Größen des NS-Regimes vor der Kamera. Zu Gast sind Niklas Frank und Dirk Riedel.
- Samstag, 22. Februar, um 18 Uhr: „Aus einem deutschen Leben" (BRD 1977, Regie und Buch: Theodor Kotulla, 145 Minuten). Der Film schildert charakteristische Situationen und entscheidende Stationen aus dem Leben des KZ-Kommandanten Rudolf Höß.
- Donnerstag, 20. März, um 19 Uhr: „Anfang aus dem Ende. Die Flakhelfergeneration" (Deutschland 2013, Regie: Aleida Assmann, 85 Minuten). Der Film erzählt von der so genannten „Flakhelfergeneration". Sie umfasst die Jahrgänge 1926 - 1929, die in den letzten Kriegsjahren von der Schulbank an die Flugabwehrkanonen abkommandiert wurden. Zu Gast sind Aleida Assmann und Bernhard Gotto.

Die Veranstaltungen finden in Kooperation mit der Evangelischen Stadtakademie statt. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro (Aufschlag bei Überlänge). Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich. Kurzinformatonen sind im Internet unter *www.muenchner-stadtmuseum.de/film/filmreihen/erblast-ns.html* abrufbar.
Pressefotos können auf Anfrage unter Telefon 2 33-2 05 38 zugeschickt werden.

Vortrag: NS-Aufarbeitung durch die „Zentrale Stelle" Ludwigsburg
(20.2.2014) Am Dienstag, 25. Februar, um 19 Uhr berichtet Staatsanwalt a.D. Dr. Joachim Riedel im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, über seine langjährige Arbeit als stellvertretender Leiter der Zentralen Stelle in Ludwigsburg. Sein „Bericht aus erster Hand" gibt Einblick in die Praxis und Bedeutung der Ermittlungsarbeit. Seit nunmehr 55 Jahren hat die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" in Ludwigsburg die Aufgabe, bundesweit bisher noch

unbekannte NS-Verbrechen festzustellen und die Täter zu ermitteln. Anhand von Beispielfällen stellt Riedel die aufwändige Arbeit der Ermittler vor. Dabei nimmt er zugleich Stellung sowohl zur Kritik an der Ludwigsburger Behörde wie auch an der strafrechtlichen Aufarbeitung des NS-Unrechts in Deutschland überhaupt.
Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung (Kursnummer BG 390) ist telefonisch unter 4 80 06-62 39 oder online über die Webseite der Münchner Volkshochschule *www.mvhs.de* möglich.
Der Vortrag bildet den Abschluss der gemeinsamen Veranstaltungsreihe der Münchner Volkshochschule und des NS-Dokumentationszentrums München zur strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den ersten Nachkriegsjahren in der BRD.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 20. Februar 2014

Staatliche Finanzierung der Münchner Sing- und Musikschule und Forderung des Bayerischen Städtetages vom 10./11. Juli 2013
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD) vom 2.8.2013

Scandichte Schutzhüllen für Ausweise
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 27.11.2013

Neue Wertstoffinsel in der Haidparksiedlung platzieren
Antrag Stadträte Richard Quaas und Josef Schmid (CSU) vom 27.12.2013

Vernetzung der Hospiz- und Palliativversorgung in München
Anfrage Stadträtin Elisabeth Schosser (CSU) vom 2.1.2014

Staatliche Finanzierung der Münchner Sing- und Musikschule und Forderung des Bayerischen Städtetages vom 10./11. Juli 2013
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD) vom 2.8.2013

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Auf Ihre Anfrage vom 02.08.2013 nehme ich Bezug; ich bedanke mich für die gewährte Fristverlängerung.

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Das Referat für Bildung und Sport stellt dar, in welcher Höhe sich der Freistaat aktuell an der Förderung der Sing- und Musikschule beteiligt. Ist darüber hinaus eine Erhöhung der Bezuschussung geplant?“

Die Förderung des Freistaats Bayern ist geregelt in den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für Sing- und Musikschulen – Bekanntmachung des damaligen Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 18. Mai 2011 – Az.: b 6-K 1633.6-12b/12 468 und orientiert sich u.a. an der Finanzierung durch die Kommunen: Je größer das kommunale Engagement ist, desto höher ist auch der Zuschuss durch den Freistaat Bayern – die Grenzen liegen bei bis zu 20 Prozent, bis zu 35 Prozent und über 35 Prozent der kommunalen Eigenleistung. Zudem gab das Ministerium mit Schreiben vom 04.03.2013 an den Bayerischen Städtetag bekannt, dass die Höchstgrenze der finanziellen Förderung bei 290.000 Euro liegt (Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst KWMBl Nr. 4/2013).

In Bezug auf die Städtische Sing- und Musikschule kann ich Ihnen mitteilen, dass die finanzielle Förderung durch die Landeshauptstadt München mehr als 35 Prozent beträgt. Somit würde gemäß den Richtlinien ein Fördersatz von 120,60 Euro pro 1.000 Euro Lehrpersonalausgaben durch den Freistaat gewährt werden, was bei Personalkosten in Höhe von 5.121.000 Euro zu einer Fördersumme von 617.592,60 Euro führen würde.
Da der Freistaat seine Zuschüsse in diesem Bereich bei 290.000 Euro gedeckelt hat, werden der Städtischen Sing- und Musikschule finanzielle Mittel lediglich in dieser Größenordnung zur Verfügung gestellt. Im Ergebnis erhält die Landeshauptstadt München damit nicht einmal die Hälfte des ihr – ohne Deckelung – zustehenden Betrages.

Zusätzlich dazu gewährt der Freistaat Bayern noch 110 Euro pro Stunde für die Fächer Singklasse, Chor und Sologesang. Bei 100.334 Jahreswochenstunden in diesem Bereich werden der Städtischen Sing- und Musikschule nochmals 11.036,74 Euro zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt eine Zuwendung für die sog. Förderklasse (Studienvorbereitende Abteilung – SVA). Diese Förderung wird jedoch erst in 2014 wirksam; hier ist ein Betrag von ca. 25.000 Euro zu erwarten.

Die Städtische Sing- und Musikschule erhält somit insgesamt 301.036,74 Euro (Jahr 2013) vom Freistaat Bayern.

Pläne hinsichtlich einer Erhöhung der Förderanteile oder der absoluten Fördersumme sind dem Referat für Bildung und Sport nicht bekannt.

Scandichte Schutzhüllen für Ausweise
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 27.11.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mich gebeten, Ihren im Betreff genannten Antrag zu beantworten.

In Ihrem Antrag fordern Sie das Kreisverwaltungsreferat auf, jedem der seinen Personalausweis abholt, eine scandichte Schutzhülle für den Ausweis auszuhändigen. Außerdem sollen scandichte Schutzhüllen für Reisepässe zum Selbstkostenpreis angeboten werden.

Der Vollzug des Pass- und Ausweisrechts ist durch Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder geregelt und eine laufende Angelegenheit im Sinne des Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO, § 22 GeschO. Eine Behandlung Ihres Antrages im Stadtrat ist deshalb gemäß § 60 Abs. 9 GeschO nicht möglich. Auch die Ausgabe von Schutzhüllen für die im Antrag genannten Dokumente kann nur bundes- und landeseinheitlich geregelt werden.
Ihr Einverständnis vorausgesetzt erlaube ich mir daher, Ihren Antrag im schriftlichen Verfahren zu beantworten.
Zu dem Antrag wird wie folgt Stellung genommen:

Bereits vor der Einführung des neuen Personalausweises wurde im Oktober 2010 durch das Bundesministerium des Innern den Pass- und Personalausweisbehörden mitgeteilt, dass der neue Personalausweis sicher ist. Es gab weder erfolgreiche Angriffe auf den Personalausweis (RFID-Chip) noch auf die damit in Zusammenhang entwickelten Komponenten (Lesegeräte und Software).

Dies wird auch durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bestätigt.
Nach Mitteilung des BSI sorgen verschiedene digitale Sicherheitsmechanismen und die Umsetzung der von der International Civil Aviation Organization (ICAO) vorgegebenen Standards dafür, dass die Daten auf dem elektronischen Personalausweis nur von berechtigten Personen ausgelesen werden können.
Insbesondere der kontaktlose Chip (RFID-Chip) in Personalausweisen und Reisepässen verfügt über eine grundlegende Zugriffskontrolle, die sicher-

stellt, dass der kontaktlose Chip nicht ohne direkten Zugriff auf das Ausweisdokument ausgelesen werden kann und sorgt dafür, dass z. B. die mit einem Lesegerät ausgetauschten Daten verschlüsselt übertragen werden.

Die Sicherheitsstandards des neuen Personalausweises bzw. deutscher Reisepässe sind auf höchstem technischen Niveau, um die persönlichen Daten vor unberechtigtem Zugriff zu schützen. Die eingesetzten Sicherheitstechnologien sind international anerkannt und etabliert und haben sich gegen alle Angriffsversuche bewährt.

Daher ist die Ausgabe von scandichten Schutzhüllen für neue Personalausweise nicht sinnvoll und auch nicht erforderlich. Vielmehr würde allein durch die Signalwirkung, die die Ausgabe von Schutzhüllen für den Personalausweis bei Bürgerinnen und Bürgern auslöst, die Akzeptanz des neuen Personalausweises mit seinen neuen Funktionen zur Online-Nutzung (eID-Funktion) verringert. Dies würde die vom Bundesministerium des Innern geplante Erweiterung von E-Government-Dienstleistungsangeboten, die zukünftig mit dem Personalausweis wahrgenommen werden sollen, behindern.

Seit Einführung des neuen Personalausweises zum 01.11.2010 wurden bisher durch das Kreisverwaltungsreferat, Bürgerbüro (KVR II/2), 348.961 Personalausweise an Kundinnen und Kunden ausgehändigt. Hiervon nutzen 151.424 Kundinnen und Kunden die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises. Kundenanfragen nach scandichten Schutzhüllen bei der Abholung von Ausweisdokumenten sind bisher nicht zu verzeichnen.

Die scandichten Schutzhüllen werden weder von der Bundesdruckerei GmbH als bundesweit agierendem Ausweisproduzenten noch von anderen Anbietern für die öffentliche Verwaltung vorgehalten, so dass eine Bestellung über das Internet bzw. andere Anbieter auf dem freien Markt notwendig ist, wenn eine Ausgabe zusammen mit dem Personalausweis/ Reisepass erfolgen soll.
Durchschnittlich werden jährlich durch das Kreisverwaltungsreferat, Bürgerbüro (KVR II/2), ca. 110.000 Personalausweise und ca. 90.000 Reisepässe ausgegeben.
Bei Kosten pro Schutzhülle zwischen 3,95 und 4,45 Euro entstehen dem Kreisverwaltungsreferat, Bürgerbüro, pro Jahr Zusatzausgaben zwischen 434.500 Euro bis 489.500 Euro (ohne Verwaltungs- und Personalkosten),

die bisher im produktorientierten Haushalt des Bürgerbüros nicht berücksichtigt sind. Entsprechende Mehreinnahmen können nicht erzielt werden.

Aufgrund der entstehenden hohen Mehrausgaben und des nicht erwiesenen Nutzens der Schutzhüllen ist das Kreisverwaltungsreferat der Auffassung, dass der Antrag – auch unter Berücksichtigung von optimaler Service- und Dienstleistungsorientierung – nicht zielführend umgesetzt werden kann.

Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit erledigt ist.

Neue Wertstoffinsel in der Haidparksiedlung platzieren
Antrag Stadträte Richard Quaas und Josef Schmid (CSU) vom 27.12.2013

Antwort Kommunalreferent Axel Markwardt:

In Ihrem Antrag vom 27.12.2013 fordern Sie, dass die Verwaltung

„1. die geplante Wertstoffinsel gegenüber der Kiefergartenstraße 55 nicht errichtet und stattdessen ein geeigneter Standort in der Haidparksiedlung gesucht wird.

2. Falls keine oberirdische Lösung möglich ist, soll eine Unterflurcontaineranlage errichtet werden."

Sie begründen Ihren Antrag damit, dass in der Kieferngartensiedlung und in der Haidparksiedlung die Wertstoffinseln ungleichmäßig verteilt seien und insbesondere in der Haidparksiedlung kein Containerstandort zur Verfügung steht.

Nach § 60 Abs. 9 Geschäftsordnung (GeschO) dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrags betrifft jedoch ein laufendes Geschäft, dessen Besorgung nach Art. 88 Abs. 3 Satz 1 GO in Verbindung mit der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes München (AWM) der Werkleitung obliegt, weshalb eine Behandlung auf diesem Wege erfolgt.

1. Allgemeines zur Verpackungsentsorgung
Bedauerlicherweise ist eine gewünschte Containerinsel ebenso schwierig neu zu installieren, wie einen bestehenden Standort zu verlegen oder ersatzlos aufzulösen. Dies ist insbesondere dem Umstand geschuldet, dass die Landeshauptstadt München – wie übrigens jede andere entsorgungspflichtige Gebiebtskörperschaft in der gesamten Bundesrepublik Deutschland auch – seit 1991 aufgrund der Privatisierung der Wertstoffsammlung keinerlei Zugriff mehr auf die Verpackungen und ihr Sammelsystem innehat.
Im Jahr 1991 erließ die damalige Bundesregierung die Verpackungsverordnung (VerpackV), die den Handel, der die Verpackungen in Verkehr bringt, auch für deren Entsorgung verantwortlich machte. Zu diesem Zweck gründete sich zum damaligen Zeitpunkt ein privates Unternehmen – die DSD-GmbH – Der Grüne Punkt – welches die Einsammlung und Verwertung

der Verpackungen für den Handel und die Verpackungshersteller übernahm.

Bereits im März 1993 musste die Landeshauptstadt München aufgrund der Gesetzgebung ihr bis dahin in Eigenverantwortung betriebenes Containersystem an die DSD-GmbH abgeben. Mittlerweile haben sich neun duale Systeme am Markt etabliert. Diese bedienen sich zur Erfüllung ihrer Aufgabe in München derzeit zweier Entsorgungsfirmen, der Firma Wittmann Entsorgungswirtschaft und der Firma REMONDIS. Beide Firmen sind nicht Auftragnehmer der Stadt sondern ausschließlich Auftragnehmer der dualen Systeme. Es besteht kein irgendwie geartetes Vertragsverhältnis zwischen den Vertragspartnern der dualen Systeme und der Stadt München.

Insbesondere ist auch festzuhalten, dass den Systembetreibern, bzw. deren Subunternehmern die alleinige Auswahl der Standorte obliegt. Diese Rechtssituation führt letztlich auch dazu, dass konkrete Vorschläge zu neuen Standplätzen aus der Bürgerschaft oder der Stadtverwaltung inklusive der Bezirksausschüsse vom AWM stets an die Betreiberfirmen der dualen Systeme weitergegeben werden müssen. Dennoch bemüht sich der AWM – seiner sozialen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt München bewusst – jeden Vorschlag bereits im Vorfeld auf seine Genehmigungsfähigkeit hin abzuprüfen und den Firmen diesen Standort näher zu bringen.

2. Standortsuche in der Haidparksiedlung

Im Fall Haidpark hat die Landeshauptstadt München mehrmals selbst versucht, Standorte zu finden und sogar die Parkbuchten im südlichen Teil des Admiralbogens den Firmen als mögliche Aufstellorte vorgeschlagen. Da sich jedoch die Wohnbebauung sehr nah an diesen geplanten Plätzen befindet und gerade nur der Mindestabstand von 12 Metern zur Wohnbebauung eingehalten werden kann, haben die Betreiberfirmen diese Standorte bereits im Vorfeld abgelehnt. Die Landeshauptstadt München – der AWM – kann eine Antragstellung aber nicht mit Verwaltungszwang oder anderen rechtlichen Mitteln durchsetzen.

Ein Antrag der Betreiberfirmen ist jedoch in jedem Fall zwingend erforderlich, da es sich bei den Sondernutzungsgenehmigungen um sogenannte mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakte handelt, die nur dann zustande

kommen können, wenn ein Antrag der antragsbefugten Betreiberfirma vorliegt. Ein Handeln von Amts wegen ist somit ausgeschlossen und bedingt bereits durch fehlerhaftes Verwaltungsverfahren die Rechtswidrigkeit des künftigen Verwaltungsaktes gemäß Art. 22 Satz 2 Nr. 2 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG).

Weiterhin kann die Landeshauptstadt München auch nicht durchsetzen, dass überhaupt von einer Genehmigung Gebrauch gemacht wird. In der Vergangenheit ist es vielfach vorgekommen, dass von der Landeshauptstadt München genehmigte Containerstandorte von den Firmen niemals aufgestellt und auch nicht gewünscht wurden. Der Landeshauptstadt München blieb somit schlussendlich nichts anderes übrig, als die Genehmigung zu widerrufen.

3. Aufstellung einer Containerinsel gegenüber Kieferngartenstraße 55
Der AWM bedauert, dass Sie den vorgeschlagenen Standort Am Admiralbogen/Kieferngartenstraße (am Kiefernwald), welcher im Genehmigungsverfahren bisher von sämtlichen Stellen als geeignet betrachtet wurde, ablehnen. Sogar der Bezirksausschuss hat der Einrichtung des Wertstoffcontainerstandortes an dieser Stelle einstimmig zugestimmt.

Nachdem bereits mehrere Bürger des Haidparkes in ihrer Umgebung eine Containerinsel wünschen und keinerlei rechtliche Gründe gegen diesen Standort sprechen, wird der AWM hier eine Genehmigung erteilen.

Insgesamt gilt, dass eine Standplatzdichte von einem Standplatz pro 1.000 – 2.000 Einwohner vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen empfohlen wird. In hochverdichteten Räumen – wie es in Neubaugebieten häufig vorkommt – darf von diesem Richtwert nach oben hin abgewichen werden, so dass auch hier eine Wertstoffinsel pro 3.000 Einwohner als angemessen gilt.

4. Errichtung einer Unterflurcontaineranlage in der Haidparksiedlung
Das Kommunalreferat bereitet derzeit eine Stadtratsvorlage vor, um Regeln für den künftigen Einbau von Unterflurcontainern nicht nur in besonderen Neubaugebieten – wie der Messestadt Riem – zu entwickeln. Unabhängig von diesem Grundsatzbeschluss wird künftig eine Unterflurcontaineranlage auch nur unter strikter Einhaltung eines Kriterienkataloges erfolgen können, um sicher zu stellen, dass der kostspielige Einbau von Unterflurcontainern nachvollziehbar und transparent unter Einhaltung des

Gerechtigkeitsprinzips erfolgt, wenn keine anderen Möglichkeiten bestehen.

Sollte sich der Stadtrat für eine Ausweitung von Unterflurcontainerinseln entscheiden, wird selbstverständlich auch die Entsorgungssituation in der Haidparksiedlung erneut einer Überprüfung unterzogen.

Sehr geehrter Herr Schmid, sehr geehrter Herr Quaas, um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Vernetzung der Hospiz- und Palliativversorgung in München
Anfrage Stadträtin Elisabeth Schosser (CSU) vom 2.1.2014

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Die Landeshauptstadt München ist dieses Jahr der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland beigetreten. In München sind bereits seit Jahren in dankenswerter Weise verschiedene Organisationen in der Beratung, Betreuung und Versorgung schwerstkranker und sterbender Bürgerinnen und Bürger tätig."

Zu Ihrer Anfrage vom 02.01.2014 nimmt das Referat für Gesundheit und Umwelt im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wäre es sinnvoll, diese Organisationen, Träger und Einrichtungen zu einem Netzwerk zu verknüpfen?

Antwort:
Der Landeshauptstadt München ist es ein großes Anliegen, die palliative und hospizliche Versorgungssituation in München stetig zu verbessern. Die vom Stadtrat in 2013 beschlossenen Erhöhungen in der Förderung von Hospizeinrichtungen sowie der Beitritt zu oben erwähnter Charta belegen dieses.
Seit 2010 finden jährliche Fachgespräche zu unterschiedlichen Schwerpunkten in der palliativen und hospizlichen Versorgung statt:

- 2010 zum Thema „Palliativ- und Hospizversorgung – sektorenübergreifende Kommunikation und Kooperation in der Verlegungspraxis",
- 2011 zum Thema „Ambulante Palliativversorgung zwischen Anspruch und Wirklichkeit",
- 2012 zum Thema „Essen und Trinken am Ende des Lebens- Aspekte palliativer Geriatrie",
- 2014 zum Thema „Hospiz- und Palliativversorgung von erwachsenen Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung".

Diese Fachgespräche werden vom Referat für Gesundheit und Umwelt gemeinsam, mit Vertreterinnen und Vertreter der Einrichtungen/Träger und

Organisationen geplant und durchgeführt. Aus dieser Zusammenarbeit hat sich inzwischen ein palliativ- geriatrisches Netzwerk gebildet, welches Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Bereichen der Hospizeinrichtungen und den ambulanten und vollstationären Pflegeeinrichtungen die Möglichkeit bietet, zu unterschiedlichen Themen und Fragestellungen in den gemeinsamen Austausch zu gehen.

Darüber hinaus gibt es bereits im praktischen Alltag Kooperationen zwischen unterschiedlichen Einrichtungen in der Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen.
Angesichts dessen, dass der Versorgungsbedarf in München nicht gedeckt ist und weiterer Ausdifferenzierungen bedarf, wird vom RGU die weitere Koordination der Angebote und die weitere Vernetzung der Anbieter als dringend erforderlich erachtet.

Frage 2:
Wenn ja, gibt es Vorstellungen von Seiten der Stadt in welcher Form ein solches Vorhaben umgesetzt werden kann?

Antwort:
Wie bereits unter Frage 1 dargestellt übernimmt das Referat für Gesundheit bereits bisher eine koordinierende Rolle. Im Rahmen von regelmäßigen Treffen mit den Akteuren der Münchner Versorgungslandschaft werden Bedarfe in den unterschiedlichen Versorgungssettings analysiert und nach möglichen Lösungswegen gesucht. Mit der Förderung von Stellen zur hospizlichen Versorgung der Zielgruppen der Migrantinnen/Migranten, behinderter Menschen und alter Menschen leistet die Stadt München bereits einen wesentlichen Beitrag dazu.

Frage 3:
Könnten die einschlägigen Referate den Aufbau der dafür notwendigen Strukturen unterstützen?

Antwort:
Die LHM unterstützt bereits den Aufbau und die Verbesserung der palliativen und hospizlichen Versorgungsstruktur in München durch die finanzielle Förderung von Einrichtungen durch Ressourcen der Koordination für Versorgung und Pflege im RGU und weiterer personeller Ressourcen im Sozialreferat.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 20. Februar 2014

Einrichtung einer eigenen Begleitkommission zur Fortführung der besonderen Förderung von Eltern-Kind-Initiativen in München
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Müller, Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD), Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Josef Schmid (CSU), Stadträtinnen Jutta Koller, Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen), Stadträtin Christa Stock (FDP) und Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP)

Ganztag an staatlichen Schulen – Wie wichtig ist dem Freistaat der Ausbau wirklich?
Anfrage Stadträtinnen Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD) und Stadträtinnen Anja Berger, Jutta Koller und Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Ganztagesbetreuung für die Grundschulen in Laim sicherstellen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Christian Müller, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Städtische Brunnen im Winter
Antrag Stadträte Richard Quaas und Josef Schmid (CSU)

Die wohnortnahe Versorgung alter Menschen in München Nord und Schwabing durch IKARUS e.V. dauerhaft unterstützen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Eva Caim, Dr. Evelyne Menges, Dr. Manuela Olhausen und Georg Schlagbauer (CSU)

Verkehrsberuhigung in der Brienner Straße
Antrag Stadträte Paul Bickelbacher und Herbert Danner (Bündnis 90/Die Grünen)

Was wurde beim „Radspielergarten“ genehmigt?
Anfrage Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Sachmittelunterstützung auch für Mittagsbetreuungen außerhalb von Schulgebäuden
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD-Stadtratsfraktion	Fraktion Die Grünen- rosa Liste	CSU-Stadtratsfraktion	FDP-Stadtratsfraktion	ÖDP

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

20.02.2014

Einrichtung einer eigenen Begleitkommission zur Fortführung der besonderen Förderung von Eltern-Kind-Initiativen in München

Antrag:
Das Referat für Bildung und Sport richtet eine eigene Begleitkommission zur Fortführung der Münchner Förderung für Eltern-Kind-Initiativen ein. Diese besteht aus namentlich benannten Vertreterinnen und Vertretern der Eltern-Kind-Initiativen, dem KKT, dem Referat für Bildung und Sport sowie den Stadtratsfraktionen.

Ziel ist es, die Förderung der Eltern-Kind-Initiativen unter den Bedingungen des BayKiBiG sowie der Münchner Förderformel so auszugestalten, dass alle Betreuungsplätze erhalten bleiben und für die Eltern-Kind-Initiativen auch künftig eine planbare Förderung zur Verfügung steht. Dazu soll bis Ende 2014 eine Beschlussfassung gemeinsam erarbeitet werden. Erst wenn dieses Ergebnis vorliegt, soll über die Einführung der "Münchner Förderformel" entschieden werden.

Zudem sollen die Vorstände der Eltern-Kind-Initiativen wirksam in der Verwaltung unterstützt werden.

Begründung:
Der Münchner Stadtrat hat die Einführung der "Münchner Förderformel" beschlossen, um alle Einrichtungen der Kindertagesbetreuung wirksam und gezielt in ihrer Arbeit besser zu fördern. Bisher ist es jedoch noch nicht gelungen, für die Münchner Eltern-Kind-Initiativen ein Modell zu finden, dass diesen eine Planbarkeit ermöglicht.

Daher soll nun partizipativ mit offiziellem Auftrag des Münchner Stadtrats eine Förderung erarbeitet werden, die den geschilderten Anliegen transparent Rechnung trägt.

SPD-Stadtratsfraktion	Fraktion Die Grünen-rosa Liste	CSU-Stadtratsfraktion	FDP-Stadtratsfraktion	ÖDP
gez. Christian Müller Birgit Volk Beatrix Zurek	gez. Sabine Krieger Jutta Koller	gez. Josef Schmid Beatrix Burkhardt	gez. Christa Stock	gez. Tobias Ruff

SPD Stadtratsfraktion

Die Grünen – rosa liste Stadtratsfraktion

Birgit Volk
Beatrix Zurek

Jutta Koller
Anja Berger
Sabine Krieger
Stadtratsmitglieder

Herrn
Oberbürgermeister Ude
Rathaus

München, 20.02.2014

Anfrage

Ganztag an staatlichen Schulen – Wie wichtig ist dem Freistaat der Ausbau wirklich?

Anfrage:

Laut Medienberichten verschreibt sich Kultusstaatssekretär Georg Eisenreich der „kompletten Ganztagsschule“. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage der aktuellen Umsetzung des Ganztags an den staatlichen weiterführenden Schulen des Freistaats.

Deshalb fragen wir:

- In welchem Umfang werden Ganztagsangebote an staatlichen Realschulen und Gymnasien realisiert?
- Inwieweit gewährleistet die bayerische Landesregierung im Sinne einer echten Ganztagsschule tatsächlich einen kompletten Ganztagsausbau in allen Zügen bei weiterführenden Schulen?

gez.

Birgit Volk
Beatrix Zurek

Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion

Jutta Koller
Anja Berger
Sabine Krieger

Mitglieder der Fraktion Die Grünen-rosa Liste

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Birgit Volk
Beatrix Zurek
Christian Müller
Stadtratsmitglieder

München, 20.02.2014

Ganztagesbetreuung für die Grundschulen in Laim sicherstellen

Antrag:
Das Referat für Bildung und Sport soll dem Stadtrat vorstellen, wie die Ganztagesbetreuung für die Grundschülerinnen und Grundschüler ab nächstem Schuljahr 2014/2015 gewährleistet werden kann.

Insbesondere ist dabei auf folgende Fragen einzugehen:

- welche Möglichkeiten zur Ganztagesversorgung gibt es noch an der Grundschule an der Fürstenrieder straße? Welche Standorte für die Aufstellung des Tipis der Naturindianer sind denkbar?
- Ist es möglich eine Interimslösung Kindertagesbetreuung an der Zschokke/Westendstr. zu etablieren, bis dort der Baubeginn erfolgt?
- Wann können die vier Laimer Grundschulen als Ganztagesschulen ertüchtigt werden?
- Ist der Ausbau der an der Grundschule an der Camerloherstrasse ausreichend oder bedarf es zusätzlicher Raumangebote für die Versorgung von Ganztagesbetreuung?
- Gibt es ein zusätzliches Angebot für Laim einen „Zentralhort“ anzubieten?

Begründung:
Schon jetzt gibt es Beschwerden in Laim, dass es sehr wenig Plätze, für sehr viele Anmeldungen gibt. Durch den Wegfall der Naturindianer an der Grundschule an der Fürstenrieder Straße, verschärft sich die Situation zusätzlich. Es gibt mehrere Ideen und Vorschläge vor Ort, wie die Situation für die Laimer Familien verbessert und die Ganztagesbetreuung gewährleistet wird. Diese sollen nun geprüft und dem Stadtrat zeitnah vorgestellt werden.

gez.

Verena Dietl
Christian Müller
Mitglieder des Stadtrats

Birgit Volk
Beatrix Zurek

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadtrat Richard Quaas

ANTRAG
20.02.2014

Städtische Brunnen im Winter

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie man die städtischen Brunnen im Winter attraktiver verkleiden kann.

Begründung:
Viele Münchner Brunnen werden im Winter mit Holz verkleidet, um sie vor den winterlichen Witterungseinflüssen zu schützen. Dies ist effektiv, aber nicht besonders attraktiv und die Brunnen gehen als stadtbildprägende Kulturgüter und als touristische Attraktion verloren.

Andere Städte entziehen diese Kulturgüter auch im Winter nicht den Blicken der Öffentlichkeit. In Salzburg gibt es beispielsweise eine attraktive Glasverkleidung, siehe beiliegendes Bild.

Bild: privat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Daher wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob es auch in München möglich ist, Brunnen an exponierten Orten so transparent zu verkleiden. Dabei sollen auch die Kosten im Vergleich zur herkömmlichen Variante dargestellt werden.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin Eva Caim
Stadträtin
Dr. Manuela Olhausen
Stadtrat
Georg Schlagbauer
Stadträtin
Dr. Evelyne Menges

ANTRAG
20.02.2014

Die wohnortnahe Versorgung alter Menschen in München Nord und Schwabing durch IKARUS e.V. dauerhaft unterstützen

Die Landeshauptstadt München unterstützt den Verein IKARUS dauerhaft und ermöglicht damit die wohnortnahe Versorgung von alten Bürgerinnen und Bürgern in München Nord und Schwabing.

Begründung:
IKARUS ist ein Verein der wohnortnah in München Nord und Schwabing alte Menschen in ihrer Häuslichkeit betreut, behandelt und versorgt.
Ziel ist die interdisziplinäre, koordinierte Zusammenarbeit bei der häuslichen Betreuung und mobilen Rehabilitation von alten Menschen.
Das Netzwerk von IKARUS e.V. hat die relevanten Berufsgruppen und Institutionen zum Wohl der alten Menschen zusammengeführt.
Unterstützt wird IKARUS bisher von der Bürgerstiftung. Diese läuft zum 15.03.14 aus.

Um das Angebot zu erhalten ist ein jährlicher Bedarf in Höhe von 12.000 € nötig.
Im Rahmen der Daseinsfürsorge für ihre alten Bürgerinnen und Bürger soll die LHM für die Netzwerkarbeit des Projektes die genannten Mittel jährlich bereitstellen.

Eva Caim , Stadträtin

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin

Georg Schlagbauer, Stadtrat

Dr. Evelyne Menges, Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 20.02.2014

Verkehrsberuhigung in der Brienner Straße

Antrag

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, parallel zur Planung und Ausführung der Sanierungsmaßnahmen am Altstadtring und der daraus resultierenden neuen Verkehrsführung in den Straßen Ludwigstraße, Brienner Straße, Oskar-von-Miller-Ring für die Brienner Straße ein Verkehrskonzept vorzulegen, das den Durchgangsverkehr in östlicher Richtung vermeidet und partiell (z. B. in Höhe des Wittelsbacherplatzes) in westlicher Richtung eine Einbahnstraßenregelung vorsieht. Ergänzend dazu wird für den Abschnitt in der Brienner Straße zwischen Ludwigstraße und Oskar-von-Miller-Ring die Einrichtung einer Fahrradstraße geprüft.

Begründung:

Im Umfeld des Odeonsplatzes sind bereits seit Jahren der Fuß- und Radverkehr die dominierenden Fortbewegungsarten. Mit der neuen Verkehrsführung nach Sanierung des Altstadtringtunnels, der im Januar im Stadtrat endgültig beschlossen wurde, reduziert sich die Verkehrsbedeutung der Brienner Straße für den Kfz-Verkehr nochmals erheblich und die Brienner Straße wird für den Fahrradverkehr nochmals an Bedeutung gewinnen. Deshalb sollten durch verkehrslenkende Maßnahmen auch dem Fahrradverkehr die Verkehrsflächen in der Brienner Straße und das entsprechende Sicherheitsniveau zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Neugestaltung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus mit der Möglichkeit eines würdigen Gedenkens verlangt eine Reduzierung des motorisierten Verkehrs.

Fraktion Die Grünen-rosa liste:
Initiative:
Herbert Danner
Paul Bickelbacher
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 20.02.2014

Was wurde beim „Radspielergarten“ genehmigt?

Anfrage

Der Bauantrag für eine Tiefgarage, die den „Radspielergarten“ beeinträchtigt, wurde jetzt vom Planungsreferat genehmigt. Bei Nachfrage in der Lokalbaukommission wurde uns mitgeteilt, dass der Bau rechtlich genehmigt werden musste und dass nur ein kleiner Teil des Gartens durch den Bau beeinträchtigt wird.
Glaubt man der Lokalpresse, wird der gesamte Garten durch den Bau der Tiefgarage zerstört.
Es ist sehr bedauerlich, dass nicht einmal der rechtliche Schutz des Gartens als Naturdenkmal ausreicht, um eine Bebauung verhindern zu können.

Deshalb frage ich:

1. Was sieht der Bauantrag, der jetzt von der LBK genehmigt wurde, vor?
2. Sind die Stellplätze, die in der Tiefgarage geschaffen werden aus einem rechtlichem Grund verpflichtend?
3. Wenn nein, welche rechtliche Grundlage gibt es, Tiefgaragen ohne Neubau zu genehmigen?
4. Wenn ja, wie viele Tiefgaragenplätze müssen rechtlich für den Neubau errichtet werden und wie viele Plätze werden in der Tiefgarage geschaffen?
5. Warum konnte bzw. musste der Bau der Tiefgarage genehmigt werden, obwohl die Bäume im „Radspielergarten“ als Naturdenkmal ausgewiesen sind?
6. Welchen rechtlichen Status hat ein Naturdenkmal gegenüber einer Tiefgarage? Wird durch den Bau der Tiefgarage ein unter Naturdenkmalschutz stehender Baum beeinträchtigt?
7. Wie viele Bäume sind von dem Bau der Tiefgarage betroffen
8. Welche Auflagen wurden von Seiten der LBK gemacht, um den restlichen Teilbereich des Gartens vor einer Zerstörung während der Baumaßnahme zu schützen?
9. Welche Ersatzpflanzungen werden gefordert?

Initiative:
Sabine Krieger
Mitglied des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

20.02.2014

Antrag Nr.:
Sachmittelunterstützung auch für Mittagsbetreuungen außerhalb von Schulgebäuden

Der Stadtrat möge beschließen:
Mittagsbetreuungseinrichtungen – unabhängig ihrer Trägerschaft – werden Sachmittelzuschüsse gewährt, auch wenn die Mittagsbetreuung außerhalb von Schulgebäuden stattfindet.
Zur Verfügung gestellte Sachmittel verbleiben im Eigentum der Landeshauptstadt München.

Begründung
Bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative von Seiten der Eltern, sind dringend notwendig, um in München ausreichende Mittagsbetreuungsangebote zur Verfügung zu stellen.
Bisher leistete die Landeshauptstadt München an Einrichtungen der Mittagsbetreuung, als freiwillige Leistung - Zuschüsse für die Personalkosten. Darüber hinaus wurde unter bestimmten Voraussetzungen auch die Einrichtung/Ausstattung von Mittagsbetreuungen als freiwillige Leistung gefördert. Dies erfolgte im Rahmen der Sachaufwandsträgerschaft für die öffentlichen Schulen.
Nach Wegfall des Bedarfs oder der Voraussetzung für die Mittelgewährung sollen die Sachmittel wieder an die Stadt zurück gegeben werden. Engagierten Bürgerinnen und Bürgern ist so viel Vertrauen entgegen zu bringen, dass eine Überlassung von Sachmitteln außerhalb von Schulräumlichkeiten vertretbar ist. Einer Nutzung der Sachmittel außerhalb schulischer Gebäude durch private Träger steht daher nichts entgegen

Die Landeshauptstadt München soll das Engagement von Eltern und freien Trägern nutzen und auch die Mittagsbetreuungsangebote außerhalb von Schulgebäuden fördern.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Christa Stock
Stadträtin

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 20. Februar 2014

Integrier-Bar: Diskussion „Terror in der Stadt, Sühne durch den NSU Prozess?“
Pressemitteilung Münchner Volkstheater GmbH

Ausstellung „Ohr allein ... kein Wesen“: Neue Musik München (1963 - 1972) – fotografiert von Karsten de Riese
Pressemitteilung Gasteig München GmbH

Internationaler Eisbärentag in Hellabrunn
Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Presseinformation Münchner Volkstheater

Diskussion
Integrier-Bar / Folge 11
„Terror in der Stadt, Sühne durch den NSU Prozess?“

25. Februar 2014 um 20 Uhr im Münchner Volkstheater

Nur 300 m entfernt vom Volkstheater, im Strafjustizzentrum in der Nymphenburger Straße findet seit Mai 2013 der Prozess gegen Beate Zschäpe, die einzige Überlebende der – sich selbst als National-Sozialistischen Untergrund bezeichnenden - Terrorzelle statt. Der Mammut Prozess hat von Anfang an viel Verwirrung ausgelöst und bisher - im Verhältnis zum Aufwand - nur wenig Aufklärung geschaffen.
Kann das Verfahren, an dem über 80 Juristen beteiligt sind, die Sühne leisten, die unsere Gesellschaft noch leisten muss? Sühne für 10 Morde und ein Bombenanschlag. In einem Staat, in dem diese rassistischen Exekutionen anfangs nur als „Döner-Morde“ bezeichnet und die Hinterbliebenen als Komplizen behandelt wurden? Mit Diskussionen, musikalischen und szenischen Interventionen und der Hilfe von Zeugen aus dem Prozess und den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen versucht die Integrier-Bar die Möglichkeit des scheinbar Unmöglichen auszuloten. Kulturelle Versöhnung nach dem rassistischen Versagen des Staats.

Die Veranstaltung findet statt im Rahmen der Initiative „Kunst und Kultur für Respekt“, in der sich mehr als 30 Münchner Theater, Orchester, Museen, Bildungseinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler zusammengeschlossen haben, um gemeinsam gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aufzutreten.

Teilnehmer: Tuncay Acar (Blogger), Robert Andreasch (Autor), Oliver Bigalke (Schauspieler) , Peter Cismarescu (Sänger), Şeref Dalyanoğlu (Musiker), Pravu Mazumdar (Philosoph), Peter Arun Pfaff (Moderator), Jasmin Siri (Soziologin) und der Unterbiberger Hofmusik.

25. Februar 2014 um 20 Uhr im Münchner Volkstheater
Eintritt frei
Online unter www.muenchner-volkstheater.de

Theater der Stadt München
Münchner Volkstheater GmbH
Brienner Straße 50
80333 München

Telefon: 089 - 523 55-61
Telefax: 089 - 523 55-65

E-Mail: presse@muenchner-volkstheater.de

Gasteig
Kultur für München

Pressemeldung
Mit der Bitte um Berichterstattung

»Ohr allein ... kein Wesen«
Neue Musik München (1963–1972) – fotografiert von Karsten de Riese

Ausstellung
Do, 23.1.14 – So, 9.3.2014 / 08:00–23:00 Uhr / Glashalle, 1. OG
Eintritt frei

John Cage

Karsten de Riese, der nicht zuletzt durch seine fotografischen Langzeitbeobachtungen »Von Vätern und Söhnen« oder »Deutschlandbilder 7. Die Grenze«, als Porträtist und Dokumentarist mit einem geradezu seismografischen Gespür für den idealen fotografischen Augenblick bekannt wurde, begegnete 1963 in München John Cage. Eine künstlerische Initialzündung, die Karsten de Riese die Welt der Neuen Musik eröffnete, wie sie vor allem im Umfeld des Komponisten, Veranstalters und künstlerischen Leiters des damals ultramodernen Siemens Studios für elektronische Musik, Josef Anton Riedl, in München präsent war. Karsten de Riese erschloss sich diese Welt fotografisch, und es entstanden in den folgenden neun Jahren eine Vielzahl von Bildern von größter Intensität und Suggestivkraft. Diese werden nun erstmals einem größeren Publikum zugänglich gemacht.

Kurator: Ulrich Müller
Gestaltung: Stephan von Roëll

Pressekontakt: Angelika Schindel, Pressesprecherin der Gasteig München GmbH, 089 4107396, 0171 5220227, a.schindel@gmx.net

Beteiligungsgesellschaft der
Landeshauptstadt München

Gasteig München GmbH

Rosenheimer Straße 5
81667 München

Postfach 800 649
81606 München

Telefon 089.480 98-132
Telefon 089.480 98-133
Telefax 089.480 98-1830

kommunikation@gasteig.de
www.gasteig.de

Veranstaltungs-Tipp

Internationaler Eisbärentag in Hellabrunn

Am 27. Februar steht das Hellabrunner Artenschutzzentrum ganz im Zeichen des Eisbären. Anlässlich des Internationalen Eisbärentags erfahren Besucher alles Wissenswerte über die Tiere, ihre Gefährdung und den Klimawandel. Zudem können sie Eisbärenmama Giovanna und ihre Babys bei einer Live-Übertragung aus dem Mutter-Kind-Haus sehen.

Im Dezember 2013 kamen in Hellabrunn gesunde Eisbärenzwillinge auf die Welt. Ein Anlass mehr, zum Internationalen Eisbärentag am 27. Februar 2014 einen Aktionstag in Hellabrunn zu organisieren. Der „International Polar Bear Day“ wurde 2004 von der Organisation Polar Bear International initiiert. Einmal jährlich wird seitdem weltweit auf den Klimawandel und die damit verbundene Gefährdung der Eisbären aufmerksam gemacht. Hellabrunn spendet am 27. Februar pro Besucher 30 Cent für die WWF-Eisbären-Patrouillen in Sibirien.

Im Seminarraum des Hellabrunner Artenschutzzentrums informiert der Tierpark von 10 bis 16 Uhr über den Klimawandel und gibt Tipps, was jeder persönlich tun kann, um Eisbären zu retten. Besonderes Highlight: Es werden erstmals öffentlich im Tierpark Live-Bilder aus dem Eisbärenstall auf einer Leinwand gezeigt. So können die Besucher live und in Farbe bei Mama Giovanna und ihren Eisbärenbabys sein.

„Wir freuen uns über die Popularität der Eisbärenbabys und versuchen die vielen Eisbärenfans über die Gefährdung der Eisbären durch den Klimawandel zu informieren. Wir wollen anschaulich zeigen, was jeder tun kann, um Energie einzusparen“, so Zoodirektor Dr. Andreas Knieriem.

Bereits seit zehn Jahren gibt Polar Bear International Tipps, CO_2 zu sparen. So lautet das Motto des diesjährigen Eisbärentags „adjust your thermostat“. Alle Teilnehmer sollen ihr Thermostat 2°C hinunter bzw. heraufregeln (je nachdem, ob sie sich gerade im Winter oder Sommer befinden).

Laut Weltnaturschutzorganisation IUCN liegt der aktuelle Bestand der Eisbären bei etwa 20.000 Tieren in freier Wildbahn. Die Weltnaturschutzorganisation IUCN listet den Eisbären als „gefährdet“. Wissenschaftler rechnen damit, dass der Bestand innerhalb der nächsten Jahrzehnte weiter dramatisch abnimmt.

Der globale Klimawandel gilt als die größte Bedrohung für den Eisbären. In der Arktis ist der Klimawandel am deutlichsten sichtbar: Innerhalb der vergangenen 100 Jahre ist die Lufttemperatur um 5°C angestiegen. Die Ausdehnung des Packeises ist seit 1985 um

6 Prozent zurückgegangen, die Eismasse sogar um fast 40 Prozent. Das Eis schmilzt im Frühjahr früher und kehrt im Herbst später zurück. Für die Eisbären, die auf dem Packeis ihre Hauptnahrungsquelle, Ringelrobben, jagen, hat das dramatische Folgen. Die Bären sind gezwungen, länger am Festland zu bleiben und leiden Hunger. Weibliche Eisbären können sich seltener ausreichende Fettreserven anfressen und bringen weniger Jungtiere zur Welt bzw. schaffen es nicht, ihre Jungen durchzubringen.

Der WWF unterstützt in Sibirien (den Provinzen Tschukotka, Jakutien und Taimyr) acht Eisbären-Patrouillen. Zu deren Aufgaben gehören neben dem Monitoring der Eisbären-Population und der Wildereibekämpfung auch die Vermeidung von Konflikten zwischen Eisbären und Einheimischen. Überdies vermittelt der WWF den Patrouillen elementares Wissen in biologischer Feldforschung. So zählen die angelernten Wächter beispielsweise die Höhlen, in denen die Eisbärenweibchen ihre Jungen bekommen.

Seit Oktober 2013 beteiligt sich Hellabrunn außerdem an der EAZA-Pole-to-Pole-Kampagne. Die europäische Zoovereinigung initiiert im Zwei-Jahres-Rhythmus Artenschutzkampagnen. Gemeinsam mit der IUCN hat die EAZA aktuell die Kampagne „Pole to Pole“ (von Pol zu Pol) gestartet, um auf die dramatischen und sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Polarregionen hinzuweisen. Das Wappentier dieser Kampagne ist der Eisbär, der hierbei stellvertretend für die Tiere der Arktis steht. Als Stellvertreter für die Tiere der Antarktis wurde der Königspinguin ausgewählt, der ebenfalls in der Hellabrunner Polarwelt besucht werden kann.

München, den 20.02.2014/5

Weitere Informationen:
Christiane Reiss
Leitung Presse / Marketing
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 / 62 50 8-718
Fax: +49(0)89 / 62 50 8-32
E-Mail: presse@hellabrunn.de
Website: www.hellabrunn.de
www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtrates:
Christine Strobl, 2. Bürgermeisterin
Vorstand:
Dr. Andreas Knieriem
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751